

## Bericht von der Sitzung des Grundstücksausschusses von 16.10.07 – 17:00h

---

**Ort:** Rathaus Gütersloh R. 208

**Beginn:** 17:00h

**Ende:** 18:00h (öffentlicher Teil)

### Tagesordnung (öffentlich):

1. Antrag KV DieLinke zur Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen.
2. Privatisierung von 3 städt. Parkhäusern.
3. Anträge der UWG zu Top 2

**Top1:** Der Grundstücksausschuss erklärte sich für Nichtzuständig, da lt. Satzung dafür der Hauptausschuss zuständig ist. Der Antrag wurde also mit diesem formalen Trick erstmal für diese Sitzung erledigt. Die Hauptausschusssitzung fand am letzten Montag nicht statt, daher wird über den Antrag in der nächsten Hauptausschusssitzung beschlossen (05.11.07-17:00h Ratssaal). Daraufhin wurde dann auch der Top 2 teilweise nichtöffentlich beraten, trotz einiger gegenteiliger Stimmen der Ausschussmitglieder. Weiter wurde auf die Sensibilität der Daten verwiesen und auf den Schutz der Vertragspartner.

**Top2+3:** Die Beschlussvorlage der Verwaltung lautet auf „**Nicht verkaufen**“. Die SPD (Herr Schrader) wird der Vorlage zustimmen. Die CDU (Herr Pipenbrock), DieGrünen (Herr Kornfeld) und die FDP wollen der Vorlage nicht zustimmen. Sie sind der Meinung, dass die Vorlage und die darin enthaltenen Kalkulationen der Verwaltung nicht stimmig sind. Sie wollen erst noch einen unabhängigen Gutachter beauftragen vor einem Verkauf. Die BfGT (Nobby Morkes and friends) wird der Vorlage zustimmen. Die UWG (Herr Wittenstein) plädiert vorbehaltlos gegen die Vorlage. Die Verwaltung, Dezernent Herr Loer, verteidigt die Vorlage als sorgfältig von der Verwaltung ermittelt, zusammen mit den Fachleuten aus der Kämmerei. Die Verwaltung ist gegen einen Verkauf und wünscht sich dann als Betreiber die Stadtwerke. Die Parkgebühren müssen zur Kostendeckung angehoben werden. Es entsteht eine Diskussion über den Buchwert der Immobilien, die Unterhaltungskosten, den Abschreibungswert (50 Jahre á 2%), sowie über Kosten und Nutzen der Einrichtungen. Es sind z. Zt. 5 Mitarbeiter in 2 Schichten für den Parkhausbetrieb beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, dass bei einigen Einrichtungen ein Unterhaltungsstau vorliegt. Es liegen 2 Angebote von privaten Betreibern vor. Die Fraktionen können Einsicht nehmen. Der Beschluss wird in dem nichtöffentlichen Sitzungsteil gefasst.

Der Beschluss wird dahingehend gefasst werden, die Parkhäuser vorerst nicht zu veräußern. Jedenfalls solange nicht, bis weitere Klarheit über Kosten und Nutzen vorliegt. Dazu wird noch ein Gutachten zur Klarstellung erstellt werden. Wahrscheinlich ist aber, dass auch der Einzelhandel ein wesentliches Interesse daran hat festzustellen, welche Auswirkungen ein Verkauf auf das Gewerbe haben wird.

Wahrscheinlich haben der öffentliche Druck und die Diskussion in der Öffentlichkeit, ange-regt durch uns und die SPD, auch dazu beigetragen, dass eine Entscheidung zum Verkauf nicht auf kurzem Wege, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, durchgedrückt werden kann. Das kann als schönen Teilerfolg gewertet werden.

Damit ist aber das Thema noch nicht endgültig vom Tisch. Ggf. ist es dann erforderlich, doch noch ein Bürgerbegehren zu initiieren, falls zukünftig doch noch ein Verkauf beschlos-sen werden sollte.

Für das Bürgerbegehren ist es dann allerdings unerlässlich mit exakten Zahlen und Fakten zu arbeiten und die Wirtschaftlichkeit nicht unbeachtet zu lassen. Eventuell sollten wir die Verwaltung (Frau Lang) dann um entsprechende Informationen bitten. Weiter müsste dann auch von uns ein stimmiges Gesamt-Verkehrskonzept für den ÖPNV im Innenstadtbereich erarbeitet oder eingefordert werden. Eventuell kann man ein Bürgerbegehren auch zusam-men mit SPD und BfGT aufziehen, dann hätten wir nicht die gesamte Last allein zu tragen.